

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 61 (1967)
Heft: 5

Artikel: Revoltierendes Afrika
Autor: Riemeck, Renate
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141277>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Juden zusammen entgegenharren muss, weil wir mit unserem ganzen Christentum noch fest im Dreck des Kannibalismus stecken und uns nicht einmal zu einer humanen Toleranz aufzuschwingen vermögen. Leonhard Ragaz hat einmal gesagt, dass Juden und Christen – beide sich zu sich selbst bekehren sollten. Ich möchte etwas viel Einfacheres. Ich suche des Diogenes Laterne, um in unserer Massengesellschaft noch Menschen zu finden.

Herbert Hug

O Herr, o Weltregierer, dieses Gebet ist für Afrika

Du weisst, die weissen Brüder haben ihre schwarzen Brüder zu Menschen zweiter Klasse gemacht. O Herr, das tut uns so weh. Darunter leiden wir.

Du hast uns doch dunkel gemacht, damit wir deine starke Sonne besser ertragen können. Warum haben unsere Brüder uns das angetan? Sie sind doch nicht besser als wir, und wir sind nicht besser als sie. Was uns tröstet, ist das, dass du immer die am meisten liebst, denen es am übelsten geht.

Die weissen Männer haben noch die Macht. Lass sie die Macht weise gebrauchen und uns als Brüder anerkennen. Nimm ihr Misstrauen aus ihren Herzen und lass sie mit uns teilen; denn es ist ja unser Kontinent. Oder besser deiner, und du hast uns für diesen Kontinent gezeichnet und sie für den Norden.

Wir bitten dich auch für uns, o Herr, halte unsere Herzen frei von Hass. Lass uns wieder Brüder werden, wie es sich für deine Kinder gehört. Du bist für uns alle gestorben und auferstanden.

Wir loben dich, unsern Vater, der grösser ist als Europa und Afrika. Der da liebt, wo wir hassen, der uns schon längst hätte ausrotten können – aber du hast uns so lieb, und wir haben es gar nicht verdient. Gelobt seist du, o Herr. Amen.

(Aus «Ich liege auf meiner Matte und bete», Afrikanische Gebete. Aussaat-Verlag, Wuppertal)

Revoltierendes Afrika

Es hat in der letzten Zeit in Afrika so viele Militärrevolten gegeben, dass man in Schwierigkeiten gerät, wenn man sie lückenlos und in chronologischer Reihenfolge aufzählen soll. Einige von ihnen haben Aufsehen erregt, entweder weil man sie westlicherseits nicht erwartet hatte (wie in Nigeria) oder weil sie hochwillkommen waren (wie im Falle von Ghana).

Die Kette der militärischen Staatsstreichs, die im Jahre 1966 einen gewissen Höhepunkt erreichte, begann mit dem Sturze Kwame Nkrumahs. Seitdem fragt man nicht mehr, ob es in Afrika noch zu weiteren «Revolutionen» kommen wird, sondern nur noch, wann und wo sie stattfinden werden. Doch diese «Revolutionen» sind in Wirklichkeit keine Revolutionen. Es sind Putsche, ausgeführt von einer Handvoll Offiziere, die zwar nur eine Miniaturtruppe kommandieren, aber eben im Besitz der Waffengewalt sind. Was sie bewerkstelligen, ist – nicht immer, aber meistens – eine Art von Konterrevolution.

Die Märzereignisse in dem westafrikanischen Commonwealthstaat *Sierra Leone* und der missglückte Staatsstreich in *Ghana* im April dieses Jahres sind weitere Beispiele für die endlosen Wirren, die den afrikanischen Kontinent gegenwärtig charakterisieren. Nach den Parlamentswahlen in Sierra Leone, die der bisherigen Oppositionspartei den Sieg brachten, setzte eine Offiziersjunta den neuen Ministerpräsidenten ab, inhaftierte den alten, beseitigte die Verfassung und ergriff die Macht. An dem Staatsstreichversuch in Ghana waren 120 Soldaten und ein Leutnant beteiligt. Fast wäre es ihnen gelungen, die Regierung zu stürzen. Die «Regierung» besteht freilich aus jenen acht Militärs, die als «Nationaler Befreiungsrat» nach dem Sturze Präsident Nkrumahs das Land beherrschte. Ihr Vorsitzender berief nach der Verhaftung der Rebellen sofort eine Pressekonferenz ein und beeilte sich zu erklären, es habe nicht den Anschein, dass die Putschisten zugunsten Nkrumahs gehandelt hätten. Er betonte: dem «Nationalen Befreiungsrat» sei an dieser Feststellung vor allem deswegen gelegen, weil die Welt wissen solle, dass sich also an den wirtschaftlichen Voraussetzungen für Investitionen in Ghana nichts geändert habe. Die Verhandlungen mit den ausländischen Gesellschaften, die Investitionen in ghanesischen Unternehmen machen könnten, würden fortgesetzt. Die Haltung Ghanas gegenüber seinen Freunden und Nachbarn sei gleichgeblieben.

Zwischen den Ereignissen in Sierra Leone und Ghana drohte in *Nigeria* eine Staatskrise, die von dem Militärgouverneur der östlichen Region des Landes, einem jungen «Oberstleutnant», mit drastischen Massnahmen noch einmal abgefangen werden konnte. Nigeria wird von inneren Feindseligkeiten zerrüttet, die sich durch die zwei aufeinanderfolgenden Militärrevolten im vergangenen Jahr nur verschärft haben.

Wie soll man diese Geschehnisse in Afrika beurteilen? Man macht es sich zu leicht, wenn man aus der jetzigen turbulenten Phase der afrikanischen Entwicklung folgert, dass die Afrikaner einfach noch nicht «reif» genug seien, um sich selber zu regieren, es also ein Fehler der ehemaligen Kolonialmächte gewesen sei, sie so schnell in die staatliche Unabhängigkeit zu entlassen. Mit einer solchen Einstellung kann man den Verhältnissen in Afrika nicht gerecht werden.

Die blutigen Wirren und die machtpolitischen Rivalitäten auf dem «heissen Kontinent» sind nicht das Ergebnis der Gewährung von Freiheit und Selbständigkeit, sie sind vielmehr die Folge kolonialistischer Herrschaftsmethoden der Vergangenheit, die heute in verfeinerter Form immer

noch fortgesetzt werden. Man muss das gegenwärtige Geschehen in Afrika auf diesem geschichtlich bedingten Hintergrund betrachten, wenn man es einigermassen verstehen will:

Die Kolonialmächte verfolgten beim Ausbau ihrer Imperien zwei Ziele: Sie beuteten erstens die unterworfenen Herrschaftsräume zum Nutzen und Vorteile des Mutterlandes wirtschaftlich aus. Sie waren zweitens daran interessiert, eine beschränkte Zahl von «Eingeborenen» heranzuziehen, die ihnen bei der administrativen Aufrechterhaltung von «Ordnung» und «Sicherheit» in den Kolonien behilflich sein sollten. Zu diesem Zweck gaben sie einer aus den Missionsschulen hervorgegangenen Intelligenzschicht den Weg zur akademischen Weiterbildung in den kolonialen Mutterländern frei. Die Masse der Bevölkerung aber blieb dem Analphabetentum verhaftet und wurde im Zustande der Primitivität gehalten. Hier liegen die Ursachen für viele der Schwierigkeiten, mit denen das heutige Afrika zu kämpfen hat.

Aus der Schicht der «Eingeborenenintelligenz» gingen nach dem Zweiten Weltkrieg, als der afrikanische Nationalismus erwachte, die Führer der Unabhängigkeitsbewegungen hervor. Sie hatten kein klares, ideologisch untermauertes Programm, denn eigene Parteien zu gründen und sich zu organisieren war den «Eingeborenen» während der Kolonialherrschaft verboten oder ausserordentlich erschwert worden. So konzentrierte sich das Streben der afrikanischen Befreiungsbewegungen auf die Erlangung der politischen Selbständigkeit und die Befreiung von der Fremdherrschaft. Als dieses Ziel erreicht war, stand man vor einer Fülle ungelöster Probleme.

Das Jahr 1960 hatte die grosse Wende in der Geschichte Afrikas gebracht. Damals begannen die weissen Kolonialherren, Land um Land in die Eigenstaatlichkeit zu entlassen. Der britische Premierminister Macmillan sprach von «wind of change» (Wind der Veränderung), der über Afrika hinwegwehen würde. Dieser «Wind» brachte zwar die Gründung zahlreicher neuer Staaten mit sich, aber nur wenig frische Luft für ihr Gedeihen. Fast alle unabhängig gewordenen Staaten sind höchst künstliche Gebilde. Sie wurden in den Grenzen installiert, die ihnen in der Kolonialzeit von den weissen Herren gezogen worden waren – ohne Rücksicht auf sprachliche und stammesmässige Zusammenhänge, einzlig und allein unter dem Gesichtspunkt der Schaffung zweckmässiger Verwaltungseinheiten und mit dem Ziel, einer anderen, rivalisierenden Kolonialmacht bei der Inbesitznahme afrikanischen Territoriums möglichst schnell zuvorkommen. Die neuen Staaten sind nicht organisch gewachsen, sie haben keine allmähliche Volkswerdung erlebt, sie beruhen nicht auf homogenen Gesellschaften, sondern auf einer Vielfalt verschiedener Familiensysteme und deren Traditionen.

Die Führer der Unabhängigkeitsbewegungen wurden über Nacht an die Spitze der neuen Staatsgebilde gestellt. Regieren bedeutet aber etwas anderes als Protestaktionen organisieren. Als die Zeit der Siegesfeiern, der Fahnen- und Massenaufmärsche vorüber war, entdeckten die «jungen»

Staaten, dass sie «unentwickelt», arm und hilflos den reichen Industriekulturen der «alten» Welt gegenüberstanden. Doch es gab ein grosses Ziel: Die *Vereinigten Staaten von Afrika* sollten auf dem Wege regionaler Zusammenschlüsse entstehen, die Rückständigkeit aus der Kolonialzeit durch gesellschaftliche Umwälzungen überwunden, die Wirtschaft des Kontinents integriert und die Industrialisierung durch einen «afrikanischen Sozialismus» vorangetrieben werden.

Mit solchen Zielsetzungen mussten die afrikanischen Politiker selbstverständlich in Widerspruch zu den ökonomischen Interessen der ehemaligen Kolonialmächte geraten, die sich nach wie vor ihre Rohstoffquellen und ihre Absatzmärkte in Afrika erhalten wollten.

Der Traum von der afrikanischen Einheit zerran an der harten politischen Wirklichkeit des «Neokolonialismus». Wie eh und je verstanden sich die früheren Kolonialherren auf das Prinzip des «divide et impera». Sie behielten ihre wirtschaftlichen Privilegien und nutzten die nach der Erringung der Unabhängigkeit entstandenen politischen Spannungen zwischen den afrikanischen Politikern für sich aus. Jedenfalls führte die Verselbständigung der Kolonien nicht zur wirtschaftlichen und politischen Integration Afrikas, sondern zur «Balkanisierung» des Kontinents. Ansätze zur Nationalisierung gewisser Industriezweige und zur Einführung der Planwirtschaft nach sozialistischen Vorbildern in verschiedenen afrikanischen Staaten wurden im Westen als Beweis für eine kommunistische Infiltration betrachtet und zu verhindern versucht. Die Möglichkeit der Entstehung eines blockfreien «afrikanischen Sozialismus» wirkte wie ein rotes Tuch auf den Westen. Hinzu kam, dass einige afrikanische Staaten freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion und zu China aufnahmen. «Es gab eine Zeit, da wurde jeder afrikanische Führer, der auch nur die leisensten Zeichen linksgerichteter Gefühle verriet, sofort als Kommunist gebrandmarkt», schrieb der nach dem zweiten Militärputsch aus seiner nigerianischen Heimat entwichene Publizist *Enahoro* in der Basler «National-Zeitung» (23. 3. 1967). «Ein solches Schreckgespenst, einmal heraufbeschworen, ist schwer wieder zu verbannen, und so kann man dem Gespenst der kommunistischen Infiltration noch immer begegnen, selbst in den harmlosesten Ambitionen linksgerichteter Afrikaner.»

Der «Wind der Veränderung» wechselte die Richtung. Das Jahr 1966 brachte den grossen konterrevolutionären Gegenschlag. In Ghana, in Nigeria, in der Zentralafrikanischen Republik und in Obervolta wurden die Regierungen durch Militärs gestürzt. In Uganda machten die Offiziere den Premier zu ihrem Werkzeug. Jetzt war Sierra Leone an der Reihe. Nimmt man hinzu, dass auch in Dahomey und im Kongo praktisch die Armee herrscht, so darf man ohne Übertreibung sagen, dass Afrika heute – ähnlich wie Lateinamerika – ein Kontinent der Militärdiktatur geworden ist. Auffallend ist die Genugtuung, mit der man im Westen den Wechsel in der afrikanischen Szenerie konstatiert hat. Die Aktien der an diesen Gebieten interessierten Unternehmen kletterten sprunghaft in die Höhe, und die Presse stellte jeden Militärputsch als Sieg über die vorangegangene

«Einparteienherrschaft» und «Korruption» dar, als ob eine Militärdiktatur frei von Korruption und besser als eine Einparteienherrschaft wäre.

Weil sich Afrika nach 1960 mehr nach «links» entwickelte, als es den kapitalistischen Interessengruppen des Westens tragbar schien, wurden die politisch unerfahrenen, aber militärisch geschulten Befehlshaber der afrikanischen Zergarneen als retardierende Momente in die Entwicklung eingeschaltet. Das konnte um so leichter geschehen, als es sich um einen Kontinent handelt, der sich in der Phase der Entkolonialisierung mit den Übergangswidersprüchen im sozialen und ökonomischen Bereich (archaisches Sippenbewusstsein und moderne Industrialisierungsaufgaben) auseinandersetzen musste. Die neuen Herren in Afrika sind samt und sonders Offiziere, deren Anführer ihre Ausbildung auf westlichen Militärakademien erhalten haben. Sie streben nicht nach den Idealen, die die Führer der Unabhängigkeitsbewegungen einmal hatten, und demokratische «Experimente» liegen ihnen ebenso fern wie gesellschaftliche Veränderungen. Sie wollen ganz einfach herrschen und denken nicht an eine Umwandlung der bestehenden Strukturen.

Unmittelbare Nutzniesser dieser retardierenden Zwischenphase in der – letztlich doch unaufhaltsamen – Entwicklung Afrikas sind die «weissen» Regierungen in Rhodesien und Südafrika. Ihnen wurde durch die «Balkanisierung» des Kontinents und die Militarisierung der Herrschaftsstrukturen in den neuen, künstlich geschaffenen Staatsgebilden (mit ihren unorganischen Grenzen und ihren kolonialen Hypotheken) jene Atempause geschenkt, deren sie dringend bedurften, um die Herrschaft des «weissen Mannes» in ihren eigenen Ländern noch einmal zu stabilisieren.

Renate Riemeck

Aus «Stimme der Gemeinde», 15. Mai 1967.

Die Jahresversammlung der Religiös-sozialen Vereinigung und der Freunde der «Neuen Wege»

fand am 30. April 1967 im Haus des VHTL statt, war gut besucht und ganz allgemein dazu angetan, unseren Gesinnungsfreunden trotz dem Ansturm tragischer Nachrichten wieder etwas mehr Zuversicht zu geben. Wir sind *Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg*, der über «Probleme im geteilten Deutschland» sprach, herzlich dankbar für seine aufschlussreichen Ausführungen, die aus seiner persönlichen Erfahrung so vieles bestätigen, was wir in den «Neuen Wegen» auf Grund indirekter Nachrichten ange deutet, in der schweizerischen Presse aber meistens bestritten, gesehen haben. Um nur ein frappantes Beispiel zu erwähnen: «Die Berliner Mauer». Kein Staatsbesuch in der preussischen Metropole, der nicht früher oder später mit der «Schandmauer» konfrontiert wird und bei dieser Gelegenheit das von ihm erwartete Verdammungsurteil gegenüber der «Sow-